



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2008/06945**
Datum: 22.05.2008
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.01.2008	öffentlich Entscheidung
Hauptausschuss	23.04.2008	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	21.05.2008	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	28.05.2008	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in nichtöffentlicher Sitzung darzustellen, welche Bedingungen zu erfüllen sind, um ab Inkrafttreten der neuen EU-VO 1370/2007 Nahverkehrsleistungen direkt an ein von der Stadt auszuwählendes Verkehrsunternehmen vergeben können. ,
2. Sofern im Ergebnis der Analyse des Status quo eine Direktvergabe von Nahverkehrsdienstleistungen, für die öffentliche Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte gewährt werden, ausgeschlossen ist, wird dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) von der Oberbürgermeisterin bis zum Dezember 2008 ein Maßnahmenkatalog vorgelegt, um die Option der Direktvergabe v. g. Nahverkehrsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) zu nutzen.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Mit der am 03.12.2007 veröffentlichten VO 1370/2007 über „öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße“ erhalten die Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs die Möglichkeit, Personenverkehrsdienstleistungen direkt an ein vom Aufgabenträger ausgewähltes Verkehrsunternehmen ihrer Wahl zu vergeben. Diese „Direktvergabe“ ist an konkret zu erfüllende Kriterien gebunden.

Ob und in welchem Umfang die Bestimmungen zur Direktvergabe nach der v. g. VO im Zuständigkeitsbereich des Aufgabenträgers „Stadt Halle (Saale)“ erfüllt werden oder welche Maßnahmen zur Erfüllung dieser Option notwendig sind, soll dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zur weiteren Entscheidungsfindung vorgelegt werden.